

Folko Bührlé

Gründe und Grenzen des „EG-Beihilfenverbots“

**Art. 87 Abs. 1 EG-Vertrag – Eine europäische Norm
im Spannungsfeld von ökonomischer Rationalität
und staatlichem Gestaltungsanspruch**

Mohr Siebeck

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XX
Einleitung	1
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	1
1. Das Beihilfenrecht – eine „terra cognita“ ohne abgeschlossene Kartographie	1
2. Die Beihilfenproblematik – ein „weites Feld“ im Widerstreit der Interessen	3
II. Aufbau und Methodik der Untersuchung	5
III. Terminologie: Subvention – Beihilfe – Subsidie	6

I. Teil

Das Subsidienwesen im Spannungsfeld von ökonomischer Rationalität und staatlichem Gestaltungsanspruch

Kapitel 1: Intervention und Subvention als erkanntes Problem	10
A. Das Subventionswesen in der Kritik	10
I. Einzelne Kritikpunkte am Subventionswesen	11
1. Subventionierung als Eingriff in den Marktprozeß	11
2. Die ambivalente Haltung der Entscheidungsträger	12
3. Das Subventionsdilemma – die Ausnahme als Regel	13
4. Begegnung der Subventionskritik durch internationale Kontrollinstrumente	14
II. Rückwirkungen auf den Untersuchungsgegenstand	15
1. Die grundsätzliche Anerkennung der Subventionskritik als gerechtfertigt – ein „Vor-Urteil“ als Ausgangspunkt der Untersuchung	15
2. Die Scheidung von Problematischem und Unproblematischem	17
3. Die Konzentration auf die problematischen Randbereiche	17
B. Intervention und Subvention als „unbekanntes“ Faktum	18
I. Der „intervenierende“ Staat als volkswirtschaftliche Realität	18
II. Die Erfassung staatlicher Interventionstätigkeit	19
1. „Subventionen“ in der Statistik	19
2. Probleme der Quantifizierung und Qualifizierung staatlicher Intervention	21
III. Rückwirkungen auf den Untersuchungsgegenstand	22

Kapitel 2: Grundtatsachen und Grundfragen des Subsidienwesens	23
A. Subsidien in der Wirtschafts- und Wirtschaftstheoriegeschichte	23
I. Das historische Erkenntnisinteresse	23
II. Die Entwicklung bis in die frühe Neuzeit	24
III. Das 17. bis 19. Jahrhundert – Merkantilismus und Liberalismus	27
1. Der Merkantilismus	27
2. Der Liberalismus	28
IV. Vom 19. Jahrhundert bis heute	31
1. Wirtschaftlicher Fortschritt und die „soziale Frage“	31
2. Abkehr von der liberalen Wirtschaftspolitik	32
3. Die Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg	33
4. Die Nachkriegszeit	34
V. Zusammenfassung und Bewertung	35
B. Subsidien unter Staats- und rechtstheoretischen Gesichtspunkten	37
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	37
II. Subsidien als Legitimitätsproblem	38
1. Der „richtige“ Sollensmaßstab bzw. das „tertium comperationis“	38
2. „Juristischer“ und „ökonomischer“ Ansatz	39
3. Die Legitimation staatlichen Handelns in der offenen Gesellschaft	42
4. Legitimationsprobleme des Subsidienwesens nach dem Referenzmodell der „offenen Gesellschaft“	46
III. Subsidien als Gleichheitsproblem	49
1. Gleichheit als Gesellschafts-, Rechts- und Wettbewerbsproblem	49
2. Verteilung und Ausgleich	50
IV. Subsidien als Freiheitsproblem	54
1. Subsidien als Eingriff in die Freiheit des Einzelnen?	54
2. Subsidien als Gefährdung der privaten Sphäre	55
V. Der Einzelne und die Gemeinschaft – das Subsidiaritätsprinzip	57
1. Das Subsidiaritätsprinzip als vorrechtliches Strukturprinzip	57
2. Das Subsidiaritätsprinzip als Kompetenzverteilungs- und Beweislastregel	58
VI. Zusammenfassung	59
Kapitel 3: Subsidien als Instrument staatlicher Gestaltung und wirtschaftlicher Lenkung	61
A. Subsidien in der „Mechanik“ staatlicher Herrschaft	61
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	61
II. Subsidien und staatliche Ziele	62
1. Das Ziel als Legitimationsgrundlage staatlicher Herrschaft	62
a) Mittel und „Zweck“	62
b) Ziele und Kompetenzen	63
2. „Zielpluralismus“	64
a) Zielformulierung und Zielbindungen	64
b) Ziel-Interdependenzen, „Zielpyramiden“	64
c) Das Erkenntnisproblem vorgegeblicher und tatsächlicher Ziele	65
3. Die strukturelle „Asymmetrie“ mitgliedstaatlicher und europäischer Zielsysteme	66
III. Subsidien und deren Wirkung	66
1. Ziel und Wirkung	66

2. „Wirkungsppluralismus“	67
IV. Die Verknüpfung von Ziel, Mittel und Wirkung – der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	68
1. Die Mittelauswahl	68
2. Die Bewertung des Mittels nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	70
V. Zusammenfassung	71
B. Subsidien zur Behebung von „Marktversagen“	72
I. Untersuchungsgegenstand – der ökonomische Ansatz aus juristischer Sicht	72
II. „Marktversagen“	72
1. Die Rolle des Staates aus ökonomischer Sicht	72
2. Wohlfahrtstheorien und Marktversagen	73
3. Ansatzpunkte für Marktversagen	74
a) Ermöglichung effizienter Allokation	74
b) Reduktion der Marktmacht	75
c) Bereitstellung von Kollektiv- bzw. öffentlichen Gütern	75
d) Bereitstellung meritorischer Güter	76
e) Verstetigung von Marktschwankungen	76
f) Distributive Korrekturen	77
4. Stellungnahme	77
III. „Marktversagen“ versus „Staatsversagen“	80
1. „Staatversagen“	81
2. Ansatzpunkte für „Staatsversagen“ im Hinblick auf das Subventionswesen	81
a) Der Eigennutz der Politiker	81
b) Der Eigennutz der Bürokraten	82
c) Der Eigennutz der Interessengruppen	82
3. Stellungnahme	82
IV. Zusammenfassung	84
Kapitel 4: Subsidien im Rahmen der verfassungsmäßigen Vorgaben	86
A. Das Verhältnis von Grundgesetz und Europarecht	86
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse – der „Vorrang“ des Europarechts	87
II. Die Grenzen des Vorrangs	88
1. „Grenzen“ der Integration aus mitgliedstaatlicher und europäischer Sicht	89
2. Die Grenze der Integration nach der Judikatur des Bundesverfassungsgerichtes	90
a) Die Weite der „Öffnungsklausel“	91
b) Die Bestimmtheit der Zustimmungsgesetze und der zu übertragenden Kompetenzen	91
c) Die begrenzt zulässige Eigendynamik der Integration	92
III. Die Kontrolle der Integrationsgrenzen	92
IV. Zusammenfassung und Bewertung	93
B. Die grundgesetzlichen Vorgaben	94
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	94
II. Spezifische Aussagen des GG zum Subsidienwesen?	96
III. Subsidien vor dem Hintergrund einer grundgesetzlichen „Wirtschaftsverfassung“	98
1. Der „Streit um die Wirtschaftsverfassung“	98
2. Stellungnahme	101

IV. Ein im GG angelegtes Regel-Ausnahme-Prinzip?	103
1. Ein Subsidiaritätsprinzip nach dem Grundgesetz?	103
2. Der grundgesetzliche Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	105
V. Subsidien vor dem Hintergrund einzelner grundgesetzlicher Vorgaben	107
1. Freiheit, Sozialstaatlichkeit und staatlicher Gestaltungsanspruch – mögliche Konfliktlagen	107
2. Freiheitsrechte als Subsidien-Abwehrrechte	110
3. Grundgesetzlich verbürgte subjektive Leistungsansprüche	111
a) Der Gleichheitssatz gemäß Art. 3 Abs. 1 GG	111
b) Grundrechte als Teilhaberechte	112
4. Das Sozialstaatsprinzip als objektivrechtlicher Gestaltungsauftrag an den Staat	113
a) Die Konkretisierung des Gestaltungsauftrags	114
b) Das Sozialstaatsprinzip als Integrationsschranke	114
c) Abgestufte Sozialpflichtigkeit im Bereich der „Daseinsvorsorge“	115
a) „Minimalversorgung“ zur physischen Existenzsicherung	116
b) „Grundversorgung“ zur sozialen Existenzsicherung	116
y) Der politisch gestaltbare Bereich der „Daseinsvorsorge“	119
5. Subsidien nach dem demokratisch vermittelten Gestaltungsspielraum und Gestaltungsauftrag des GG	120
a) Das Demokratieprinzip als Legitimationsgrundlage staatlicher Gestaltung	121
b) Das Demokratieprinzip als Ausdruck der Volks- und Staatssouveränität und als Integrationsschranke	121
c) Die Volks- und Staatssouveränität als Schranke der Kompetenzübertragung	123
d) Die „absolute“ Integrationsschranke – „Aufgaben und Befugnisse von substantiellem Gewicht“	124
e) Das Verhältnis von Gestaltungskompetenz und Beihilfenkontrollintensität	126
a) Abnehmende nationale und zunehmende europäische Legitimation	126
b) Kompetenz und Kontrollintensität	128
VI. Zusammenfassung	129
C. Die europäische Rechts- und Wirtschaftsordnung	130
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	130
II. Die wirtschaftspolitische Grundentscheidung des EG-Vertrages	132
1. Der Grundsatz einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“	132
2. Die Relativierung des marktwirtschaftlichen Prinzips im EG-Vertrag	132
3. Die Verschiebung der Gewichte im Fortgang der Integration	134
III. Die Zielvorgaben des EG-Vertrages und deren Umsetzung	136
1. Marktfreiheit, -gleichheit und -einheit	136
2. Die europäische Handels- und Wettbewerbsordnung	137
a) Der „Gemeinsame Markt“	137
b) Diskriminierungsverbot und Grundfreiheiten	137
c) Freiheitliche Wettbewerbsordnung oder Freihandelszone?	138
3. Die Stoßrichtung der Integration in der Gemeinschaftspraxis	139
a) Kontrolle, Harmonisierung oder aktive Gestaltung	139
b) Kontrolle („negative Integration“)	140
c) Koordination und Harmonisierung	140
d) Europäische Sachpolitik	142
a) Protektion und Freihandel	142

b) Distribution und Intervention im Inneren	144
IV. Gestaltungs- und Kontrollinstrumente in EG-Vertrag und Praxis	145
1. Die Gestaltungsinstrumente der Gemeinschaft	146
a) Rechtsetzung – Deregulierung, Regulierung und Überregulierung	146
b) Zölle	146
c) Gemeinschaftsbeihilfen	147
2. Die Instrumente zur Selbstkontrolle der Gemeinschaft	148
a) Institutionalisierte Interventionsbarrieren	149
b) Die Kontrolle in den allgemeinen Verfahren	150
a) Die europäische Legislative	150
b) Die Doppelrolle der Kommission	151
y) Die europäischen Gerichte	151
8) Der Europäische Rechnungshof	152
V. Zusammenfassung	153

2. Teil

Analyse des geltenden und praktizierten Beihilfenverbots

Kapitel 1: Für das Beihilfenverbot wesentliche Strukturen und Prinzipien

	156
A. Die Konzeption des Beihilfenaufsichtsrechts	156
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	156
II. Die Außenstruktur des Beihilfenaufsichtsrechts	157
1. Die sachliche Anwendbarkeit	157
2. Das Verhältnis von Beihilfenaufsichtsrecht und „konkurrierenden“ Vertragskomplexen	157
a) Das Verhältnis zu Diskriminierungsverbot und Grundfreiheiten	158
b) Das Verhältnis zu den steuerlichen Vorschriften der Art. 90 und 91 EG	162
3. Das Beihilfenaufsichtsrecht als Teil des europäischen Wettbewerbsrechts	162
a) Unternehmens- und mitgliedstaatenbezogenes Wettbewerbsrecht	162
b) Die Anwendbarkeit des Beihilfenaufsichtsrechts auf „öffentliche Unternehmen“ gem. Art. 86 Abs. 2 EG	163
III. Die Binnenstruktur des Beihilfenaufsichtsrechts	164
1. Das im Beihilfenaufsichtsrecht normierte Regel-Ausnahme-Prinzip	164
a) Art. 87 Abs. 1 EG – die Regel	165
b) Art. 87 Abs. 2 EG – die Legalausnahmen	165
c) Art. 87 Abs. 3 EG – die Ermessensausnahmen	166
2. Die Struktur des „Beihilfenverbots“	167
a) Der materielle Verbotscharakter	168
b) Die Konkretisierungsstufen des Beihilfenverbots	170
c) Die Berücksichtigung mitgliedstaatlicher Interessen im Gefüge des Beihilfenrechts	172
IV. Zusammenfassung	174
B. Die Funktion des Beihilfenaufsichtsrechts	174
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	174
II. Die grundsätzlichen funktionellen Alternativen	175

III. Das Beihilfenverbot im Zielsystem der europäischen Wirtschaftsordnung	177
1. Beihilfenrecht und europäische Wirtschaftsordnung	177
2. Die funktionellen Schwerpunkte des Beihilfenrechts	178
a) Binnenausrichtung oder Freihandelskonzept?	178
b) Vereinheitlichung oder Systemwettbewerb?	179
c) Mehr Marktfreiheit oder „nur“ Antidiskriminierung?	179
a) Beihilfenaufsichtsrecht und Diskriminierungsverbot?	179
b) Antidiskriminierung oder materielles Wettbewerbskonzept?	180
y) Das Wettbewerbskonzept nach Beihilfenaufsichtsrecht und EG-Vertrag	181
d) Desintervention oder europäische Sachpolitik?	182
a) Vollzug und Gestaltung	182
b) Rechtsgestaltung und Sachpolitik	183
y) Das „gemeinsame Interesse“ als Genehmigungs- oder Versagungsmaßstab	184
3. Die Funktion des Beihilfenaufsichtsrechts und die Rolle der Kommission	185
IV. Zusammenfassung	186
C. Die Konkretisierung des Beihilfenverbots	187
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	187
II. Die für die Konkretisierung wesentlichen Prinzipien des Gemeinschaftsrechts ..	187
1. Die Auslegungsgrundsätze des Gemeinschaftsrechts	188
a) Grammatische Auslegung	188
b) Historische Auslegung	188
c) Systematische Auslegung	189
d) Teleologische Auslegung	189
2. Allgemeine Rechtsgrundsätze des Gemeinschaftsrechts	189
a) Das Effizienzprinzip und die „implied-powers-Doktrin“	189
b) Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	190
c) Der Grundsatz gegenseitiger Rücksichtnahme	192
d) Das Subsidiaritätsprinzip nach dem EG-Vertrag	192
e) Das Verhältnismäßigkeitsprinzip	193
o) Transparenz, Kontinuität und Kohärenz	195
III. Die Konkretisierung durch Kommission und Gerichtshof	197
1. Auslegungs- und Konkretisierungskompetenz	197
a) Konkretisierung im Rahmen des „institutionellen Gleichgewichts“ zwischen Kommission und Gerichtshof	197
b) Konkretisierungskompetenz und Konkretisierungspflicht	199
2. Exekutivische Einschätzungsprärogative und richterliche Kontrolldichte	200
a) Das pauschal weite „Ermessen“ der Kommission	200
b) Tatbestandsermessen und gerichtliche Kontrolldichte	201
c) Materielle Konkretisierung und formelle Begründung	202
3. Konkretisierung durch Standardisierung des Beurteilungsermessens	203
a) „Standardisierung“ des Beurteilungsermessens	203
b) Die Vorgehensweise der Kommission	204
c) Standardisierung durch Verwaltungsvorschriften	205
a) „Zweckdienliche Maßnahmen“	205
b) Autonom erlassene Verwaltungsvorschriften	206
d) Kritik	207

IV. Zusammenfassung	209
D. Bewertungs- und Beweisprobleme im Beihilfenrecht	210
I. Die Bewertung mitgliedstaatlicher Maßnahmen	210
1. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	210
2. Der Grundsatz einer wirkungsbezogenen Betrachtungsweise	210
3. Die Wirkung als alleiniger Maßstab?	212
4. Der Zweck bei der Bewertung mitgliedstaatlicher Maßnahmen	213
II. Die materielle Beweislast und benachbarte Phänomene	215
1. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	215
2. Begründungs- bzw. Beweislast und benachbarte Phänomene	216
a) Beweis- und Begründungslast	216
b) Beweislast, Amtsermittlung und Prozeßmaxime	217
c) Begründungslast und vermutete Kausalzusammenhänge	218
3. Kriterien der Beweis- bzw. Begründungslastverteilung	219
a) In der Literatur diskutierte Kriterien	220
b) Normative Kriterien der Beweislastverteilung im Beihilfenaufsichtsrecht	221
III. Zusammenfassung	222

Kapitel 2: Die einzelnen Tatbestandsmerkmale des Art. 87 Abs. 1 EG....223

A. Der Begriff der „Beihilfe“ („Beihilfen gleich welcher Art“)	223
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	223
1. Zur Terminologie – „Beihilfen“ im engeren und im weiteren Sinne	224
2. Die Relevanz der Bestimmung des Beihilfenbegriffs	225
a) Objektiv-verfassungsrechtliche Aspekte	225
b) Das Interesse der Mitgliedstaaten	226
c) Das Interesse der Marktbürger	227
3. Bestimmbarkeit und Bestimmungsmöglichkeiten des Beihilfenbegriffs	229
a) Ansätze in der Literatur	229
b) Ansätze von Kommission und Gerichtshof	230
c) Eigene Vorgehensweise	231
II. Die Merkmale des Beihilfenbegriffs	232
1. Der Subventionsbegriff als Bezugspunkt	233
a) Die strukturelle Ähnlichkeit von Subventions- und Beihilfenbegriff	233
b) Unterschiede	233
c) Der Subventionsbegriff als gedanklicher Kontrollmaßstab	234
2. Gewährungsformen und deren Relevanz	234
a) Typische Fälle mit Vermutungswirkung	235
b) Typische Fälle mit bedingter Vermutungswirkung	236
c) Atypische Fälle ohne Vermutungswirkung	236
3. Das Merkmal der Vorteilsgewährung	237
a) Der „Vorteil“ und dessen Rechtfertigung	237
b) Die Begünstigung – der Begriff des „Vorteils“	238
c) Wettbewerbskonforme „Begünstigungen“	239
d) Der wirtschaftliche Charakter des Vorteils	240
e) Die Spürbarkeit des Vorteils	242
4. Das Merkmal der „Freiwilligkeit“	243
a) „Freiwilligkeit“ und „allgemeine Rechtspflicht“	243
b) „Freiwilliges“ und „unfreiwilliges“ Staatshandeln	243
c) Europäische und nationale Rechtspflichten	244

5. Das Merkmal der „Einseitigkeit“ bzw. des „Fehlens einer Gegenleistung“	246
a) Die Gegenleistung bei „privaten“ und „öffentlichen“ Gütern	247
b) Die fehlende Gegenseitigkeit als negatives Tatbestandsmerkmal	248
6. Das Merkmal fehlender „Marktadäquanz“	248
a) „Marktadäquanz“ als Ausdruck „normaler Marktbedingungen“	248
b) Die Bestimmung der „Norm“	249
III. Die normative Feinsteuerung des Vorteilsbegriffs anhand des Merkmals „fehlende Marktadäquanz“	250
1. Marktadäquanz bei vorwiegend fiskalischem Staatshandeln	251
a) Fiskalisches und hoheitliches Staatshandeln	251
b) Der Staat als „normaler“ Marktteilnehmer	252
c) Aktive und passive Gleichbehandlung des Staates	252
d) Möglichkeiten der Wirtschaftlichkeitsprüfung	253
a) Wirtschaftlichkeitsnachweis durch Verfahren	253
b) Wirtschaftlichkeitsnachweis durch materiellen Vergleich – das „Prinzip des marktwirtschaftlich handelnden Investors“	254
e) Das „Ob“ und das „Wie“ fiskalisches Staatshandeln	256
2. Marktadäquanz bei vorwiegend hoheitlichem Staatshandeln	257
a) Marktadäquanz und hoheitlich handelnder Staat	257
b) Das „Ob“ und das „Wie“ – Marktversagen und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	257
c) Kompetenzzuordnung und Einschätzungsprärogative	258
d) Einzelne Funktionsbereiche hoheitlichen Staatshandeln	260
a) Setzung der rechtlichen Rahmenbedingungen	260
b) Wirtschaftliche Koordination und Gestaltung	261
y) Gestaltung der außerökonomischen Bedingungen	261
5) Steuer- und Abgabenerhebung	262
3. Marktadäquanz im fiskalisch-hoheitlichen „Mischbereich“ – insbes. im Sektor der „Daseinsvorsorge“	263
a) „Gemischt“ fiskalisch-hoheitliches Handeln	263
b) Der Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen in der Diskussion	264
a) „Tatbestands-“ und „Rechtfertigungslösung“	264
b) Die „Altmark Trans“-Rechtsprechung des EuGH	265
y) Die Fortentwicklung der Rechtsprechung durch die Kommission	266
c) Der marktadäquate „Kauf“ gemeinwohlorientierter Leistungen	268
a) Marktadäquanz durch Ausschreibung	268
b) Marktadäquanz durch „Effizienztest“	269
Y) Die Grenzen der „Kommerzialisierbarkeit“ öffentlicher Aufgabenerfüllung	270
d) Das Beihilfenrecht als normatives Regel-Ausnahme-Verhältnis	272
a) „Ökonomischer“ und „normativer“ Ansatz	272
b) Der Rechtsgedanke des Art. 86 Abs. 2 EG	273
y) Die Vorgewichtung nach Art. 86 Abs. 2 EG	274
e) Das Verhältnis von Wirtschaftlichkeit und öffentlicher Aufgabenerfüllung	275
a) Die grundsätzliche Anwendbarkeit der Beihilferegeln im „gemischten“ Bereich	275
b) Das „Ob“ des Tätigwerdens	275
Y) Das „Wie“ des staatlichen Tätigwerdens	277

f) Gewichtung nach eher fiskalischer oder eher hoheitlicher Ausrichtung des Staatshandelns	278
IV. Zusammenfassung	279
B. Mittelherkunft und staatliche Zurechenbarkeit – „staatliche oder aus staatlichen Mitteln“ gewährte Beihilfen	280
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	280
II. „staatlich“ und „nicht-staatlich“ im Sinne des Art. 87 Abs. 1 EG	281
III. Das Merkmal der staatlichen Zurechenbarkeit	282
1. Zurechenbarkeits- oder Finanzierungskriterium	282
a) Zurechenbarkeit durch kausale Veranlassung	282
b) Zurechenbarkeit durch Finanzierung	283
2. Die Tatbestandsvoraussetzungen nach Kommission und Gerichtshof	283
3. Kritische Ansätze zur Rechtsprechung des EuGH und eigene Stellungnahme	288
IV. Zusammenfassung	291
C. Das Tatbestandsmerkmal der „Selektivität“ – „die Begünstigung bestimmter Unternehmen und Produktionszweige“	291
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	291
II. Die einzelnen Aspekte des Selektivitätsmerkmals	292
1. Der Kreis der potentiellen Beihilfempfänger	292
a) Begünstigter und Beihilfempfänger	292
b) „Unternehmen und Produktionszweige“	293
c) Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Ausrichtung des Begünstigten	295
2. Allgemein und speziell begünstigende Wirkung	297
3. Das Erfordernis des „Ausnahmecharakters“ der Maßnahme	299
III. Zusammenfassung	301
D. Die Tatbestandsmerkmale der „Wettbewerbsverfälschung“ und „Handelsbeeinträchtigung“	302
I. Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	302
II. Die Entwicklung in Kommissions- und Rechtsprechungspraxis	303
III. Kritik	307
1. Die Verknüpfung von Beihilfen und deren Wirkung	307
a) Formelles Begründungserfordernis und materielle Konkretisierung	307
b) Die Kausalitäten von Beihilfe, wettbewerbsverfälschender und handelsbeeinträchtigender Wirkung	308
2. Das Verhältnis der Tatbestandsmerkmale „Wettbewerbsverfälschung“ und „Handelsbeeinträchtigung“ zueinander	309
a) Die Möglichkeit und Notwendigkeit tatbestandlicher Differenzierung	309
b) Die jeweils unterschiedliche Abgrenzungswirkung	310
c) Die jeweils unterschiedliche Funktion und europarechtliche „Wertigkeit“	310
IV. Das Tatbestandsmerkmal der „Wettbewerbsverfälschung“	311
1. Relevanz, Schutz- und Regelungsbereich	311
a) Der „unverfälschte Wettbewerb“ als Schutzobjekt und Prüfungsmaßstab...	311
b) Prüfungsgegenstand und Prüfungsumfang	313
a) Der kausale Konnex von Maßnahme und Wirkung	313
b) „Wettbewerbsgefahr“ und „Gefährdungswahrscheinlichkeit“	314
2. Die Beurteilungskriterien einer Wettbewerbsverfälschung	315
a) Das Bestehen von relevantem Wettbewerb	316
a) Der sachlich relevante Markt (Produktmarkt)	317
b) Der zeitlich relevante Markt (insbes. „potentieller Wettbewerb“)	319

y) Der räumlich relevante Markt	319
b) Der Nachweis der Wettbewerbsverfälschung – Anforderungen an die Kausal Verknüpfung	320
a) Typische und atypische Konstellationen	320
β) Angebots- und Nachfragesituation als Wettbewerbsindikator	322
y) Wettbewerbs-„neutrale“ Maßnahmen	323
V. Das Tatbestandsmerkmal der „zwischenstaatlichen Handelsbeeinträchtigung“ ...	325
1. Relevanz, Schutz- und Regelungsbereich	325
a) Handelsschutz im Europa „offener Grenzen“	325
b) Die „Zwischenstaatlichkeitsklausel“ als Kompetenzeröffnungsnorm	326
c) Der „unbeeinträchtigte Handel“ als Schutzobjekt und Prüfungsmaßstab	327
d) Der Regelungsbereich im Hinblick auf andere Tatbestandsmerkmale	328
e) Prüfungsgegenstand und Prüfungsumfang	330
2. Die Beurteilungskriterien der zwischenstaatlichen Handelsbeeinträchtigung	332
a) Das Bestehen von Handel – Nachweiskriterien der Praxis	332
b) Die „Binnenmarktvermutung“ für die Möglichkeit stattfindenden Handels.	333
c) Die Zwischenstaatlichkeit des Handels	334
d) Der Nachweis der Handelsbeeinträchtigung – typische und atypische Konstellationen	334
VI. Das Merkmal der „Spürbarkeit“ von Wettbewerbsverfälschungen und Handelsbeeinträchtigungen	336
VII. Zusammenfassung	338
E. Begründungs- und Beweislast	340
I. Die Verteilung der Beweis- und Begründungslast in Art. 87 Abs. 1 EG	340
1. Die Beweislastverteilung bei den einzelnen Tatbestandsmerkmalen	340
2. Das Merkmal der „Beihilfe“ i.e.S	340
a) Der Vorteil	340
b) Die Rechtfertigungsgründe	341
c) Das Merkmal der „Marktadäquanz“	341
3. Die Merkmale der „Zurechenbarkeit“ und der „Selektivität“	342
4. Die Merkmale der Wettbewerbsverfälschung und Handelsbeeinträchtigung	342
II. Beweiserleichterungen in standardisierten Modellen	343
1. Export- und Betriebsbeihilfen	343
2. Fiktion verbotener Beihilfen durch Rückschluß von der Ausnahme auf die Regel?	345
III. Zusammenfassung	346
Schlußbetrachtung	347
I. „Die Vernunft“ – Grund genug für eine europäische Beihilfenaufsicht	347
II. Schlaglichter auf die Graubereiche des Beihilfenrechts – dessen Bestimmungsgründe und Grenzen sowie deren Bewertung	347
1. Das Beihilfenrecht als Normativentscheidung - Recht und Politik	347
2. Recht und Ökonomie – Ökonomie im Recht	348
3. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	351
4. Die Kompetenzfrage	352
5. Die Funktion der Beihilfenaufsicht	354

III. Die Sicherung der beihilfenrechtlichen Grenzen	355
1. Konkretisierung des Beihilfenaufsichtsrechts	355
2. Effektive Kontrolle der Beihilfenaufsicht	356
Literaturverzeichnis	359
Sachregister	381